



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

P/X/154 - 8. Juli 1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Entscheidende Hilfe durch SPD-Initiative	S. 1
Entspannung im Ägyptisch-israelischen Konflikt?	S. 3
Die Mahnung des Paulskirchenkreises	S. 5
Anhang: Die Erklärung des Paulskirchenkreises zur Genfer Konferenz	

Renten für 300 000 Witwen

FB. Namentliche Abstimmungen im Deutschen Bundestag. Der ständige Bonner Tross stellt lediglich gelangweilt fest, dass die Sirenen, die die namentliche Abstimmung verkünden, nicht mehr so schrillen, als wenn ein Atomkrieg bevorsteht, während die Zuschauer interessiert beobachten, wie die blauen und roten und weissen Abstimmungskarten in die Urnen der Schriftführer geworfen werden. Es war eine Abstimmung an einem sogenannten müden Tag in Bonn. Und doch haben diese Karten über das Schicksal von 300 000 Menschen entschieden, die heute zum Teil in bitterer Not leben und denen diese Abstimmung neuen Lebensmut und - auch das ist wichtig - Geld bringen wird. Aber das wird in Bonn als "müder Tag" bezeichnet und in den meisten Zeitungen in weniger Zeilen registriert, während eine Ankündigung, dass von den 6.000 Freiwilligen, 24 Generale, 300 Oberste und 1.500 Offiziere sein sollen, Schlagzeilen in Bewegung bringt.

Worum ging es? Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hatte am 12. März 1955 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Sozialversicherungsanpassungsgesetzes eingebracht. Dieser Gesetzentwurf sollte eine schreiende Ungerechtigkeit im Deutschen Sozialrecht beseitigen. Denn während die Witwen von Angestellten anstandslos beim Tode des Ehemannes ihre Witwenrenten ausbezahlt erhalten, war die Auszahlung der Renten aus der Invaliden-Versicherung (Arbeiter-Versicherung) bis 1949 grundsätzlich an drei Voraussetzungen geknüpft: Die Witwen mussten entweder das 50. Lebensjahr überschritten haben oder zu einem

8. Juli 1955

hohen Prozentsatz erwerbsbehindert sein oder schliesslich drei unmündige Kinder zu versorgen haben.

Diese Ungerechtigkeiten hatte seinerzeit der Zweizonenwirtschaftsrat beseitigt, jedoch durch die Einführung eines Stichtages, des 31. Mai 1949, neue Ungerechtigkeiten geschaffen. Es war also in der Praxis tausendfach der groteske Zustand zu verzeichnen, dass beispielsweise eine 30jährige Arbeiterwitwe, deren Mann nach dem 31. Mai 1949 starb, aus der Invalidenversicherung anstandslos ihre Rente erhielt, während eine 55jährige Frau, die vielleicht noch Kinder zu versorgen hatte, nichts erhielt, wenn sie das Unglück hatte, dass ihr Mann vor dem Stichtag starb. 300 000 solcher Fälle gab es im Bundesgebiet. Der sozialdemokratische Gesetz-Entwurf sah nun die generelle Beseitigung dieses Stichtages vor, weil es untragbar erschien, zweierlei Recht für Witwen aufrechtzuerhalten.

Monatelang beschäftigte sich der zuständige Ausschuss des Bundestages mit dieser Materie und fasste schliesslich den Beschluss, dem Anliegen der SPD Rechnung zu tragen. Allerdings setzte die CDU mit ihrer Mehrheit im Ausschuss durch, dass erneut die Arbeiterwitwen benachteiligt wurden, indem sie festlegte, dass die Witwenrenten ohne Bedingung erst dann ausgezahlt werden, wenn die betreffende Frau das 45. Lebensjahr erreicht hat. Bei einer solchen Regelung wären 200 000 Witwen zusätzlich in den Genuss der Renten gekommen, 100 000 aber wären weiter leer ausgegangen.

Diesen Ausschussbeschluss nahm die SPD nicht hin, sie beantragte die Streichung auch dieses Paragraphen und in der erwählten namentlichen Abstimmung war ihr ein Erfolg beschieden. Mit 199 gegen 152 Stimmen beschloss die Mehrheit, dass auch die Begrenzung des 45. Lebensjahres in Fortfall kommt. Dafür stimmten SPD und BHE sowie Teile der FDP und DP, dagegen die übergrosse Mehrheit der CDU, der Bundesarbeitsminister Storch und - wie sollte es anders sein - der Bundesfinanzminister.

Spaltenlang wird Druckerschwarze verwendet, um das angebliche "ewige Nein" der sozialdemokratischen Opposition anzuprangern. Von dem tatsächlichen Ja der Sozialdemokraten dazu, dass für 300 000 Frauen das Leben wieder erträglich wird (wenn auch der Bundesrat zustimmt), wird, wenn überhaupt, nur ganz am Rande mitgeteilt.

Die Wüste Negew - Hoffnung Israels

I.D. Tel-Aviv

In den nächsten Tagen werden ägyptisch-israelitische Vertreter zusammenkommen, um über eine Beilegung der ständigen Grenzzwischenfälle zu verhandeln, die auf beiden Seiten schwere Opfer kosteten.

Es ist nicht zufällig, dass gerade das Gebiet bei Gaza so häufig Schauplatz der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Arabern ist. Seit dem arabischen Krieg gegen Israel im Jahre 1948 sind bei Gaza 200 000 arabische Flüchtlinge (das ist etwa ein Viertel aller Flüchtlinge) aus dem einstigen Palästina in von der UNRWA (United Nations Relief and Work Agency) und anderen internationalen Hilfsorganisationen unterhaltenen Lager untergebracht. Nur wenige von ihnen haben eine neue Heimat in einem der grossen arabischen Staaten gefunden. Die Nähe ihres ehemaligen Wohnsitzes, der rege Aufbau in Israel, der besonders in der an den Gaza-Streifen grenzenden Negew-Wüste sichtbar ist, und die Hoffnungslosigkeit der Situation dieser Flüchtlinge in den unzulänglichen Lagern haben eine tiefe psychologische Wirkung auf sie.

Verwandbare Stelle

Die Negew-Wüste, die 60% des Landes Israel ausmacht, ist ausserdem noch zum grossen Teil unbesiedelt und daher eine leicht verwandbare Stelle des jungen Staates. Die Regierung Israels sieht die Entwicklung dieser Negew-Wüste als ihre vordringliche Aufgabe an. Dies geschieht nicht nur, um Israel gegen militärische Überfälle zu schützen, sondern auch um weitere Einwanderer aufnehmen zu können. Die in hohem Masse auf Spenden angewiesene Wirtschaft Israels so schnell wie möglich auf eine gesunde Basis zu bringen, ist ein weiterer Grund für die Intensivierung der für den Negew bestimmten Projekte.

Die Überzeugung, den Negew entwickeln zu können, gründet sich auf die Feststellung der Archäologen, dass diese heute trostlos erscheinende Landschaft aus Sand und Stein einstmaliges Zentrum zivilisierter Lebens gewesen ist. In nördlichen Negew lassen Spuren auf ein verzweigtes Bewässerungssystem schliessen. In südlichen Negew haben Forschungsarbeiten das Vorhandensein wertvoller Mineralien festgestellt.

Dem Ausbau der Landwirtschaft steht zunächst der Wassermangel dieser Wüste im Wege. Durch Bohrungen hat man bereits grössere Grundwassermengen entdeckt. Ausserdem hat die israelische Regierung beschlossen,

das Wasser des in Tel-Aviv fließenden Yarkon in Röhren in den Negew zu Bewässerungszwecken zu verlegen. Wenn dieses Projekt beendet ist, werden 200 000 Morgen des nördlichen Negew in fruchtbares Ackerland verwandelt werden. Dies wird genügen, um 500 000 Menschen anzusiedeln und zu ernähren. Die erste Ernte des neuen bewässerten Bodens, die man im Jahre 1956 erwartet, wird auf einen Wert von fast 2 Millionen Dollar geschätzt. Die ersten Gemeinschaftssiedlungen, deren Mitglieder es auf sich nehmen wollen, unter Verzicht auf eignen Wohlstand die ersten Felder der Negew-Wüste zu bebauen, sind bereits gegründet. Ben-Gurion, ehemaliger Ministerpräsident und jetziger Verteidigungsminister Israels, ist Mitglied einer solchen Siedlung.

Schon zu Salomos Zeiten

Im südlichen Negew sind Kupferbergwerke in Betrieb genommen worden, von denen man sagt, dass hier schon zu König Salomos Zeiten Kupfer gewonnen worden ist. Am Toten Meer, an der Stelle, wo einst Sodom stand, ist ein Pottaschewerk errichtet worden, das die Schätze des Meeres auswertet. Das in grossen Mengen im Negew vorhandene Gips hat zur Eröffnung neuer Keramikfabriken in der zum Industriezentrum aufblühenden Stadt Beersheva geführt, die Entdeckung von Phosphaten zur Gründung chemischer Fabriken. Granit, Marmor, Kaolin, Eisen und Manganerze werden ebenfalls in Kürze dort gefördert werden, und noch sind nicht alle Schätze, die in den Tiefen dieser Wüste verborgen sein sollen, gefunden worden. Bohrtürme zeigen z.B. an, dass man auch Öl hier vermutet.

Fachleute meinen, dass der Negew, wenn er voll ausgewertet wird, weiteren zwei bis drei Millionen Juden zur Heimat werden kann. Da heute Juden in Tunis und Marokko schrecklichen Verfolgungen ausgesetzt sind, ist die Schaffung von Raum für Neueinwanderer besonders dringend.

Man kann nicht erwarten, dass die Araber die wirtschaftlichen Erfolge der Israelis im Negew freudig begrüßen. Denn jede Konsolidierung des israelischen Staates ist den Arabern und im besondern den arabischen Flüchtlingen, denen ständig Hoffnung auf eine Rückkehr in ein arabisches Palästina nach einer "zweiten Runde" gegen Israel gemacht wird, ein Dorn im Auge. Jede Beeinträchtigung dieser Entwicklung in Israel kann den Arabern recht sein, und es scheint, als biete der Gaza-Streifen Gelegenheit dazu.

Wort der Mahnung und der Besorgnis

sp. Männer des Paulskirchenkreises, Männer von Rang und Klang haben sich wenige Tage vor der Genfer Konferenz an die deutsche und Weltöffentlichkeit gewandt. Ihre mahnende und besorgte Stimme kann und darf nicht in den Wind geschlagen werden. Sie sprechen ja nicht für sich allein, sie sprechen nicht im Auftrage einer bestimmten Partei, einer bestimmten Konfession oder einer bestimmten Schicht, sie sprechen im Namen von vielen Millionen Deutschen. Mächtige Impulse sind von jenem 29. Januar dieses Jahres, als der Paulskirchenkreis erstmalig in die Öffentlichkeit trat, ausgegangen, sie belebten die internationale Deutschlanddiskussion und machten die Mächte dieser Welt auf das dringendste Anliegen aller Deutschen, das der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, aufmerksam.

Diese Männer und Frauen folgten und folgen der Stimme ihres Gewissens. Denn die Stunden sind gekommen, wo Schweigen sträfliches Versäumnis und das Sichabseitsstellen die Flucht aus der Verantwortung in Lebensfragen der deutschen Nation wäre. In der Paulskirchenbewegung leben der Geist und der Ethos des 20. Juli, des Widerstandes gegen eine Entwicklung, die in letzter Konsequenz die Spaltung Deutschlands und damit den Unfrieden verewigt. Über die Teilnehmer der Paulskirche ergossen sich Wellen der Diffamierung und Verleumdung. Was sich hier im Zusammenhang mit dem öffentlichen Auftreten dieser Männer und Frauen abspielte, gehört zu den dunkelsten und unerfreulichsten Kapiteln der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Träger hoch angesehenen Namen von Helmut und Überzeugte Christen beider Konfessionen wurden in den Schmutz gezogen, man stempelte sie zu weltfremden Phantasten ab, zu mehr oder weniger bewussten Mitläufern der östlichen Ideologie, zu erklärten Gegnern des Westens, und die das taten, zeigten auch nicht die Spur eines Verständnisses und des Willens, sich mit deren Anliegen auseinanderzusetzen. Höchste Stellen nahmen es ihnen übel, dass sie als Staatsbürger von den Grundrechten der Demokratie Gebrauch machten, ihre Meinung dort zu sagen, wo es notwendig und geboten schien. Man spielte sogar mit dem Gedanken, einigen Rednern der Paulskirche ein Verfahren wegen Hochverrat anzuhängen, ein Gedanke, der ob seiner ungeneuerlichen Absurdität später allerdings fallengelassen werden musste.

Wenn jetzt ein repräsentativer Kreis aus der Paulskirche wieder an die Öffentlichkeit tritt, so hat er gewichtige Gründe dafür. Niemals war vielleicht die Chance, der Welt durch die friedliche Wiedervereinigung des gespaltenen Deutschlands einen dauernden Frieden zu geben, so nahe wie heute, niemals aber war die Gefahr auch so groß, dass der Friede, den die Welt in Atomzeitalter so bitter benötigt, auf der schwankenden und trügerischen Grundlage einer dauernden Teilung Deutschlands aufgebaut wird. Davon warnen diese Männer. Sie wollen die Sieger des zweiten Weltkrieges und die Bundesregierung mit auf einen Weg drängen, der für alle gangbar ist, unserem Volk die Einheit gibt und von der Welt den Alpdruck eines möglichen mörderischen Konfliktes um und wegen Deutschland nimmt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Ramau

W i e d e r v e r e i n i g u n g i n F r e i h e i tWortlaut der Erklärung des Paulskirchen-Kreises zur
Genfer Konferenz

"Das deutsche Volk hat ein Recht auf seine Wiedervereinigung!"
Mit dieser Mahnung haben wir uns am 29. Januar 1955 von der Paulskirche aus an den Bundestag und die Bundesregierung gewandt, damit sie alle nur denkbaren Anstrengungen unternehmen, die zur Wiedervereinigung Deutschlands führen könnten; vor allem hatten wir die vier Besatzungsmächte aufgefordert, dem Verlangen unseres Volkes nach Einheit Rechnung zu tragen.

Angesichts des bevorstehenden Zusammentreffens der Regierungschefs der Vereinigten Staaten von Amerika, von Grossbritannien, Frankreich und der Sowjetunion erheben wir noch einmal unsere Stimme, um zu erklären:

Die Zeit zum Handeln in der Frage der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands ist jetzt gekommen. Es muss und kann ein Weg gefunden werden, der zu diesem Ziel führt. Der Beitrag, der von den vier früheren Besatzungsmächten geleistet werden kann, muss darauf hinauslaufen, dass von allen Seiten die Versuche eingestellt werden, die deutschen Teilstaaten oder ganz Deutschland jeweils in das Militärsystem des Ostens oder des Westens eingliedern zu wollen. Wenn sich die vier Verhandlungsmächte in Genf auf die Einstellung solcher Versuche einigen könnten, würde der in letzter Zeit spürbar gewordene Prozess der internationalen Entspannung eine wesentliche Förderung erfahren. Wer den status quo mit seinen Gefahren für den Frieden überwinden will, der muss auch bereit sein, die Bindungen der Bundesrepublik und der sowjetisch besetzten Zone an die Militärsysteme in West und Ost - NATO und Warschauer-Pakt-Organisation - zur Erörterung zu stellen.

Mit dem Verzicht auf die Eingliederung der Bundesrepublik und der sowjetisch besetzten Zone und später des wiedervereinigten Deutschlands in ein Militärsystem des Ostens oder des Westens wäre gleichzeitig die Möglichkeit gegeben, im Rahmen der Vereinten Nationen ein System zu schaffen, das das berechnete Sicherheitsbedürfnis unseres Volkes und der anderen Staaten befriedigt.

Die Bundesregierung hat in dieser Situation die Pflicht, jede

sich bietende Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit durch eigene Vorschläge zu nutzen. Das deutsche Volk erwartet, dass die Bundesregierung solche Vorschläge zur Wiedervereinigung auch an die Spitze stellt, wenn es in nächster Zeit zu direkten Gesprächen der Bundesregierung mit der Regierung der Sowjetunion kommt.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus auch die Verpflichtung, die vier früheren Besatzungsmächte in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen, dass eine weiter andauernde Spaltung Deutschlands als ein ständig den Frieden bedrohender Faktor angesehen werden muss. Die Teilung Deutschlands wäre die schlechteste und eine nur trügerische Voraussetzung für das von allen Grossmächten angestrebte friedliche Nebeneinanderleben der Staaten und Völker.

Das deutsche Volk wird sich mit einer sogenannten Koexistenz der Teile des getrennten Deutschlands niemals abfinden können. Es wird nicht eher ruhen, bis das Ziel der Wiedervereinigung in Freiheit erreicht ist.

Unterschriften:

Alfred Weber

Georg Reuter

Helmut Gollwitzer

J. Hessen

Ernst Lange

E. Ollenhauer

G. Heinemann

+

+